

Oktober 2019

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Zusammenfassung.....	2
Handlungsbedarf beim Klimaschutz.....	3
Wenig Unterstützung für Klimaproteste	4
Klimapaket der Bundesregierung: große Unterschiede bei Parteianhängern.....	5
Klimapaket der Bundesregierung: Widerstand gegen CO2-Abgabe	6
EU-Türkei-Abkommen: umstritten, wenig Zuspruch für Nachbesserungen.....	8
Mittelmeerflüchtlinge: Zuspruch für Seehofer-Vorschlag	9
Politikerzufriedenheit: Seehofer gewinnt Sympathien.....	10
Regierungsarbeit: zwei Drittel üben weiterhin Kritik.....	11
Sonntagsfrage: Union auf höchsten Wert seit Mai 2019	12

ARD – DeutschlandTREND Oktober 2019

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.004 Befragte Sonntagsfrage: 1.504 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	07. bis 09. Oktober 2019	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

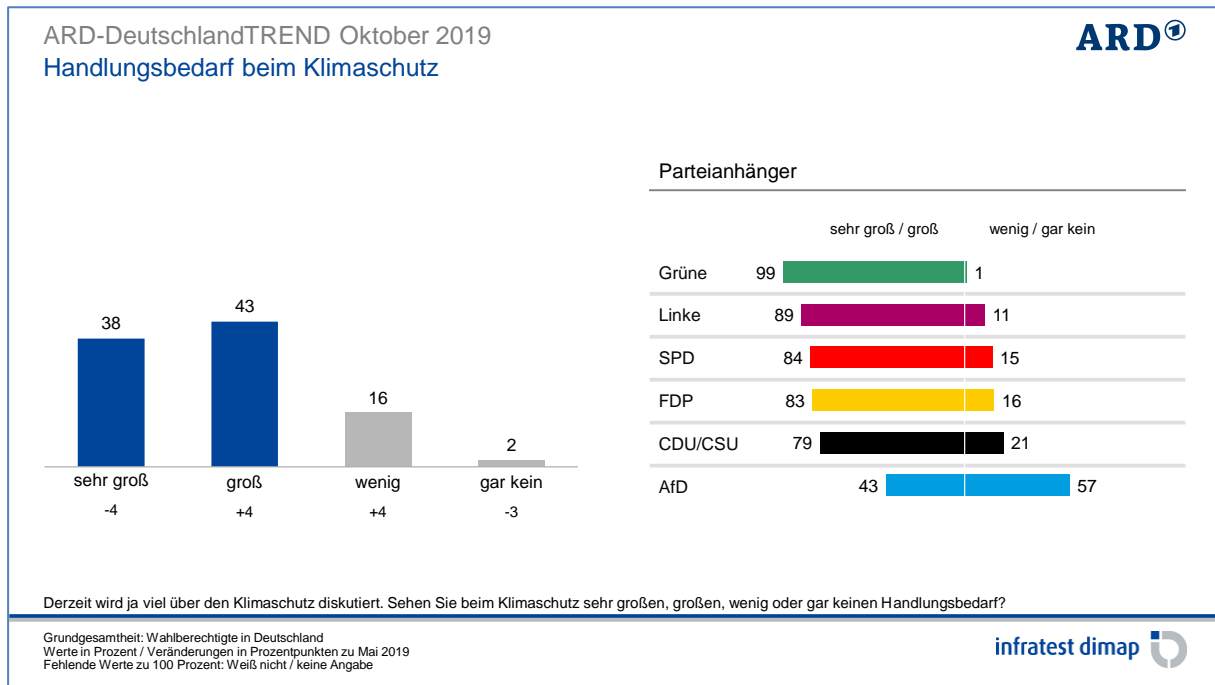
In dieser Woche organisiert die Aktivistengruppe „Extinction Rebellion“ weltweit Proteste für einen besseren Klimaschutz, darunter auch in Berlin. Das Grundanliegen der globalen Klimaschützer stellt die Mehrheit der Deutschen nicht in Frage. 81 Prozent sehen beim Klimaschutz sehr großen bzw. großen Handlungsbedarf. Klimaproteste, die wie bei „Extinction Rebellion“ Norm- und Gesetzesverstöße miteinschließen, finden allerdings nur wenig Zuspruch: Straßenblockaden hält nur jeder Vierte für gerechtfertigt. Schülerdemonstrationen wie von „Fridays for Future“ finden eine größere Akzeptanz, stoßen jedoch ebenfalls auf Widerspruch: 63 Prozent unterstützen es nicht, wenn Schüler vom Unterricht fern bleiben, um an Klimaschutz-Demonstrationen teilzunehmen.

Sowenig die Mehrheit der Deutschen den klimapolitischen Handlungsbedarf anzweifelt, die Urteile zu den aktuellen Anstrengungen der Bundespolitik gehen auseinander. Die eine Hälfte der Wahlberechtigten hält das Klimapaket der Bundesregierung für nicht ausreichend. Die andere Hälfte hält es für angemessen oder aber bereits für zu weitgehend. Die Skepsis der Bevölkerung gegenüber einer CO₂-Abgabe auf Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas ist nach wie vor groß. Das Kernstück des Klimapaktes geht für 57 Prozent der Bundesbürger in die falsche Richtung. Maßnahmen zur Abfederung der Klimapolitik stoßen dagegen auf Zuspruch, allem voran die in Aussicht gestellten Preissenkungen für Bahnfahrkarten im Fernverkehr.

Neben dem Klimaschutz gilt die Migration als eines der großen globalen Themen unserer Zeit. Um Wanderungsströme zu begrenzen, hat die EU im März 2016 mit der Türkei ein Flüchtlingsabkommen geschlossen. In den vergangenen drei Jahren hat das EU-Türkei-Abkommen merklich an Akzeptanz gewonnen. Es ist unter den Deutschen aber umstritten. Zugleich gibt es nur wenig Zuspruch für Nachbesserungen. Ein Drittel ist der Meinung, die EU sollte der Türkei zusätzliche Unterstützung anbieten, um das Abkommen aufrechtzuerhalten. Mehr als die Hälfte vertritt die gegenteilige Meinung. Während das EU-Türkei-Abkommen aktuell von beiden Verhandlungsseiten hinterfragt wird, ringt die EU gleichzeitig um einen europäischen Verteilmechanismus für im Mittelmeer gerettete Migranten. Das jüngste Angebot des Bundesinnenministers an Italien, ein Viertel der Bootsmigranten in Deutschland aufzunehmen, finden 58 Prozent richtig. Sein Vorstoß bringt Horst Seehofer nicht zuletzt persönliche Sympathien ein. Der CSU-Politiker legt gegenüber dem Vormonat im Bevölkerungsurteil am stärksten zu und wird besser bewertet als Grünen-Chef Robert Habeck.

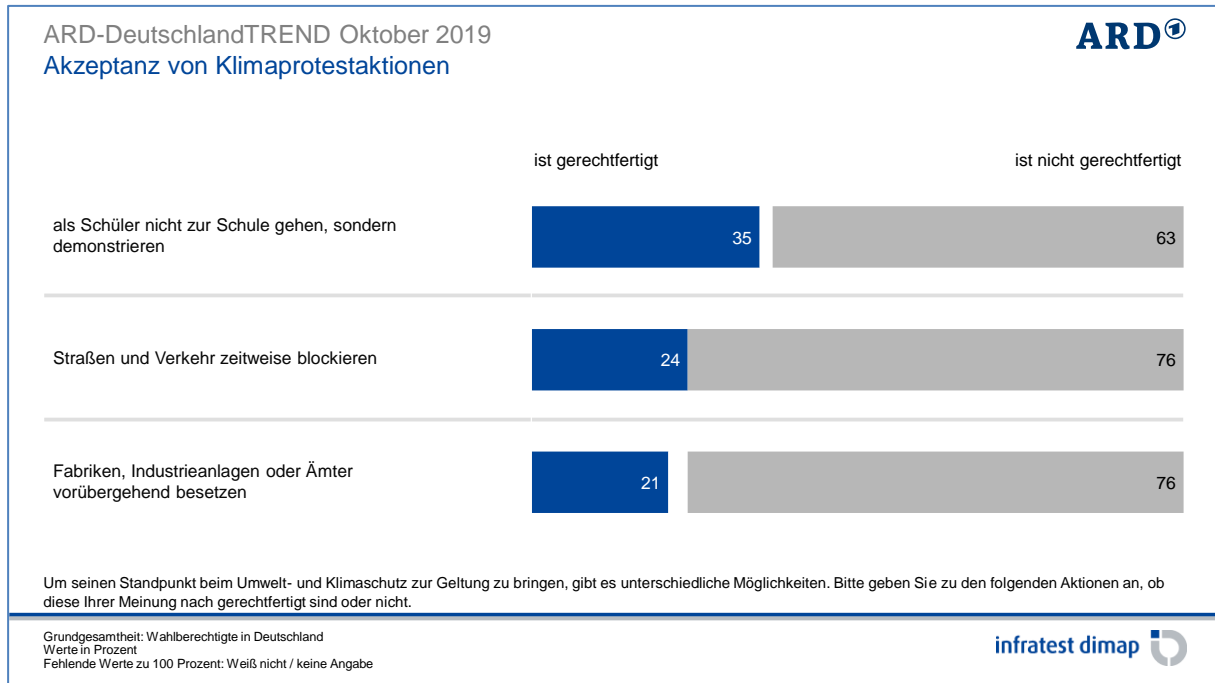
Von den aktuellen Diskussionen um Klimapaket und EU-Seenotrettung unberührt bleibt die Bewertung der Bundesregierung. Die Arbeit des Berliner Kabinetts wird wie im Vormonat von einem Drittel der Bundesbürger positiv beurteilt, zwei Drittel üben Kritik. In der Sonntagsfrage ergeben sich zum Vormonat nur leichte Veränderungen. Die CDU/CSU legt um einen Punkt zu und hätte aktuell 28 Prozent in Aussicht, der höchste Wert für die Union seit Mai dieses Jahres. Hinter ihr liegen die Grünen, die sich ebenfalls um einen Punkt auf 24 Prozent verbessern. Die AfD käme aktuell auf 14 Prozent, die SPD auf 13 Prozent. Beide Parteien geben jeweils 1 Punkt ab. Während die Linke 8 Prozent (+1) in Aussicht hätte, könnte die FDP wie im Vormonat mit 7 Prozent rechnen. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 6 Prozent (-1).

Handlungsbedarf beim Klimaschutz



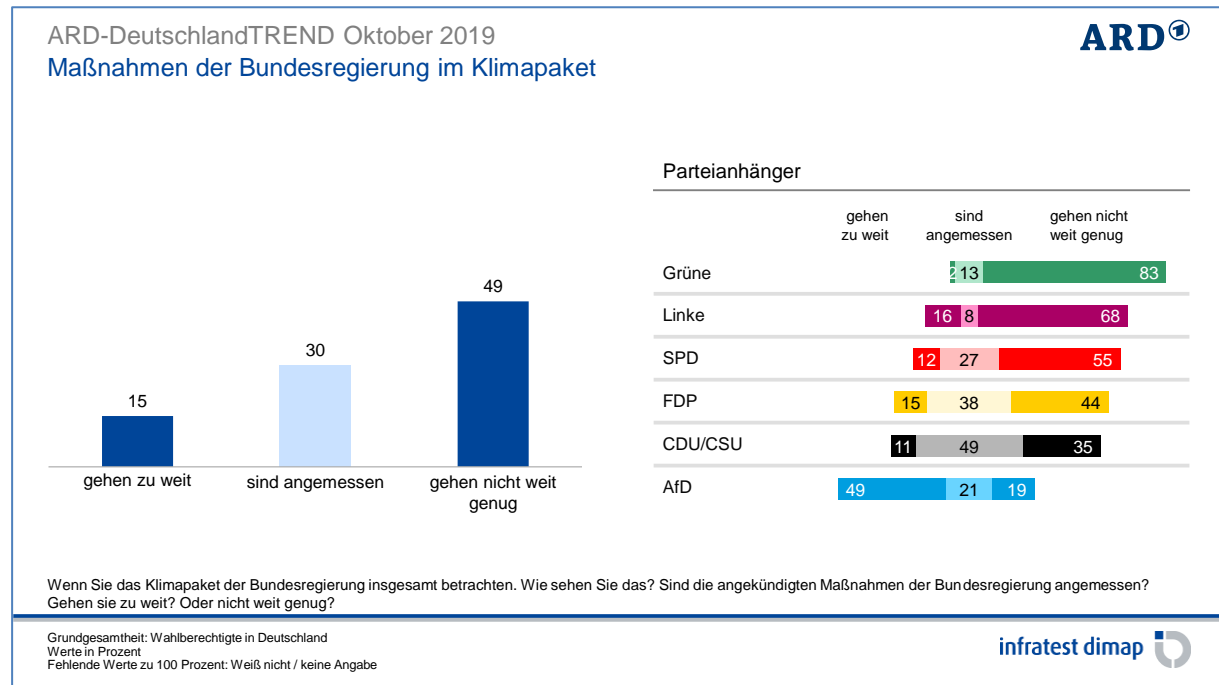
In dieser Woche organisiert die Aktivistengruppe „Extinction Rebellion“ weltweit Proteste für einen besseren Klimaschutz, darunter auch in Berlin. Das Grundanliegen der globalen Klimaschützer stellt die Mehrheit der Deutschen nicht in Frage. 81 Prozent der Bundesbürger sehen beim Klimaschutz sehr großen bzw. großen Handlungsbedarf. Dieses Urteil eint junge wie alte Deutsche. Während die Grünen-Anhänger faktisch geschlossen (99 Prozent) und die Wähler von Linken, SPD, CDU und FDP mehrheitlich ein verstärktes umweltpolitisches Handeln als notwendig ansehen, überwiegt bei den AfD-Anhängern die Ansicht, dass es nur einen weniger großen bzw. gar keinen Handlungsbedarf beim Klimaschutz gibt.

Wenig Unterstützung für Klimaproteste



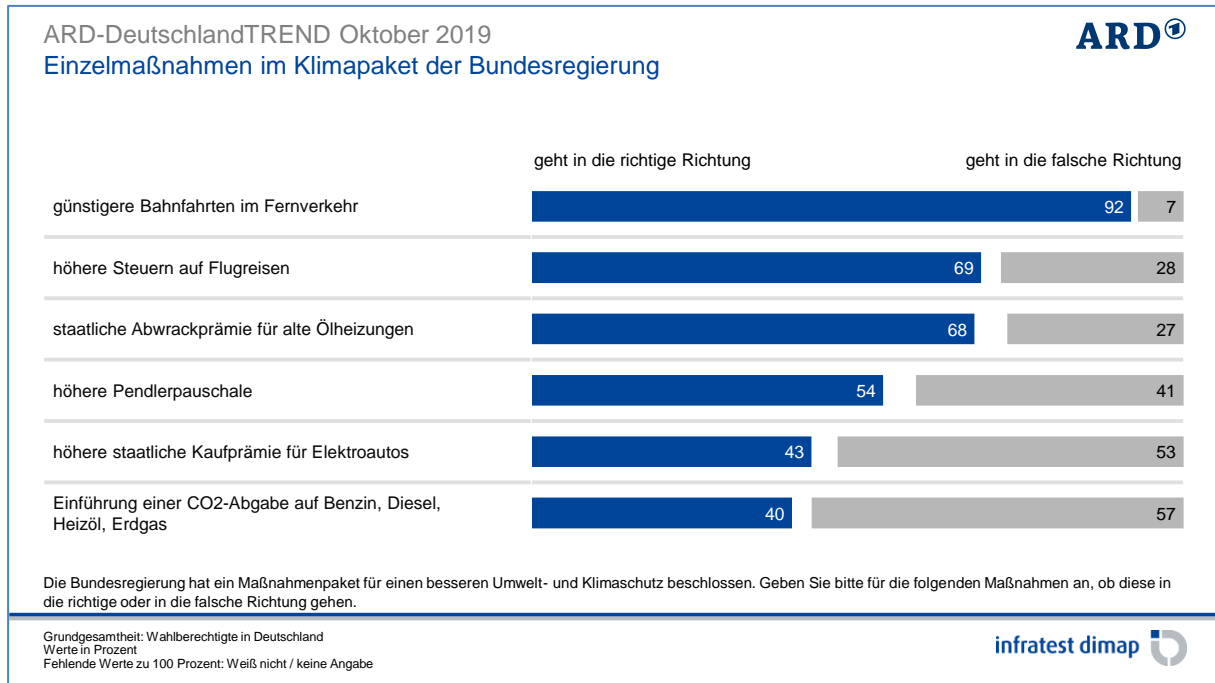
Trotz ihrer umweltpolitischen Offenheit bringen die Deutschen für Klimaproteste, die wie bei „Extinction Rebellion“ Norm- und Gesetzesverstöße miteinschließen, nur wenig Verständnis auf: Straßenblockaden für einen besseren Klimaschutz halten 24 Prozent für gerechtfertigt, die Besetzung von Industrieanlagen, Fabriken und Ämtern sogar nur 21 Prozent. Schülerdemonstrationen wie von „Fridays for Future“ finden eine größere Akzeptanz, stoßen in der Bevölkerung jedoch ebenfalls mehrheitlich auf Widerspruch: 35 Prozent unterstützen es, wenn Schüler an Unterrichtstagen an Klimaschutz-Demonstrationen teilnehmen, 63 Prozent dagegen nicht.

Klimapaket der Bundesregierung: große Unterschiede bei Parteianhängern

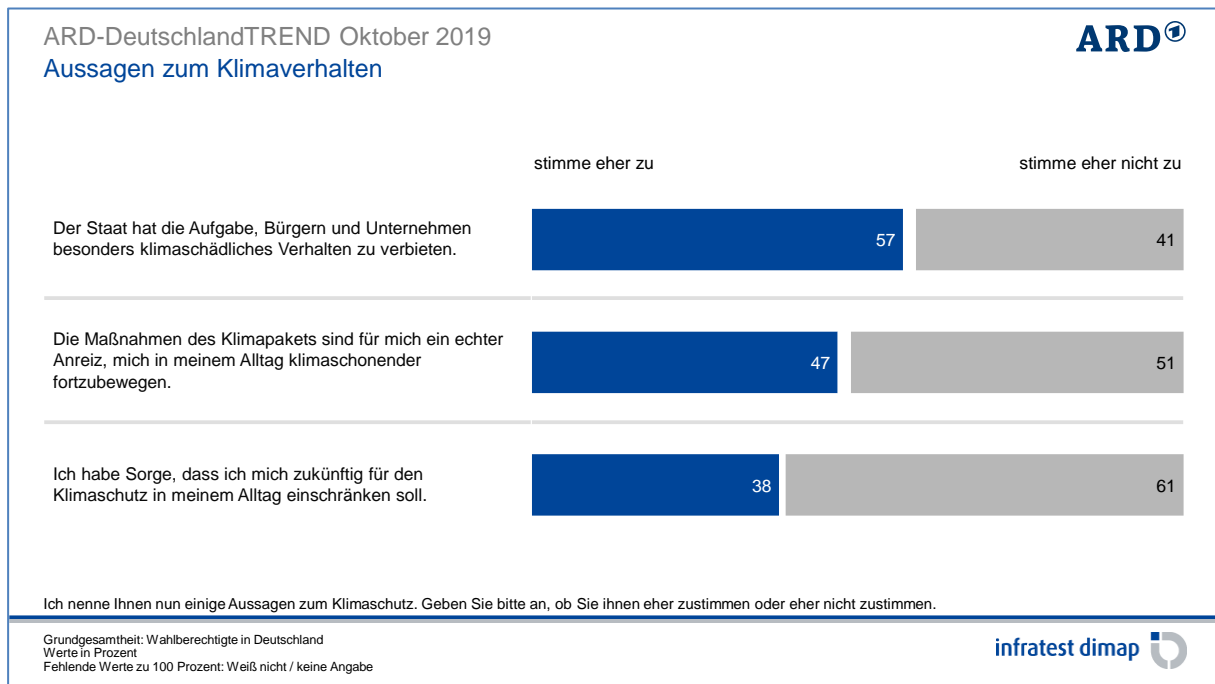


Sowenig die Mehrheit der Deutschen den klimapolitischen Handlungsbedarf anzweifelt, die Urteile zu den Anstrengungen der Bundespolitik fallen sichtlich unterschiedlich aus. Für die Hälfte der Wahlberechtigten (49 Prozent) gehen die jüngst im Rahmen des Klimapakets von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen nicht weit genug. Die andere Hälfte (45 Prozent) hält diese Maßnahmen für angemessen (30 Prozent) oder aber bereits für zu weitgehend (15 Prozent). Zwischen den Anhängerschaften der Parteien zeichnen sich deutliche Konflikte ab: Für Grünen-, Linken- und SPD-Wähler ist das vorgestellte Klimapaket eher unbefriedigend. Für die Anhänger von Union und FDP ist das Maßnahmenbündel angemessen, in Teilen aber bereits zu weitreichend. Dass das Klimapaket zu weit geht, ist aber in erster Linie ein Eindruck der AfD-Anhänger.

Klimapaket der Bundesregierung: Widerstand gegen CO2-Abgabe



Eine Herausforderung für die Politik der Bundesregierung bleibt die ausgeprägte Skepsis der Bevölkerung gegenüber einer CO2-Abgabe auf Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas. Dieses Kernstück des Klimapaktes geht für 40 Prozent der Bundesbürger in die richtige, für 57 Prozent dagegen in die falsche Richtung. Maßnahmen zur Abfederung der Klimapolitik finden bei den Bundesbürgern wenig überraschend Zuspruch: günstigere Bahnfahrkarten im Fernverkehr unterstützen 92 Prozent, eine staatliche Abwrackprämie für alte Ölheizungen mehr als zwei Drittel (68 Prozent), die Anhebung der Pendlerpauschale eine knappe Mehrheit (54 Prozent). Allein bei der erhöhten staatlichen Kaufprämie für Elektroautos überwiegt derzeit die Ablehnung (43:53 Prozent). Mehrheitlich unterstützen die Deutschen höhere Steuern auf Flugreisen, für sieben von zehn (69 Prozent) weisen diese in die richtige Richtung.

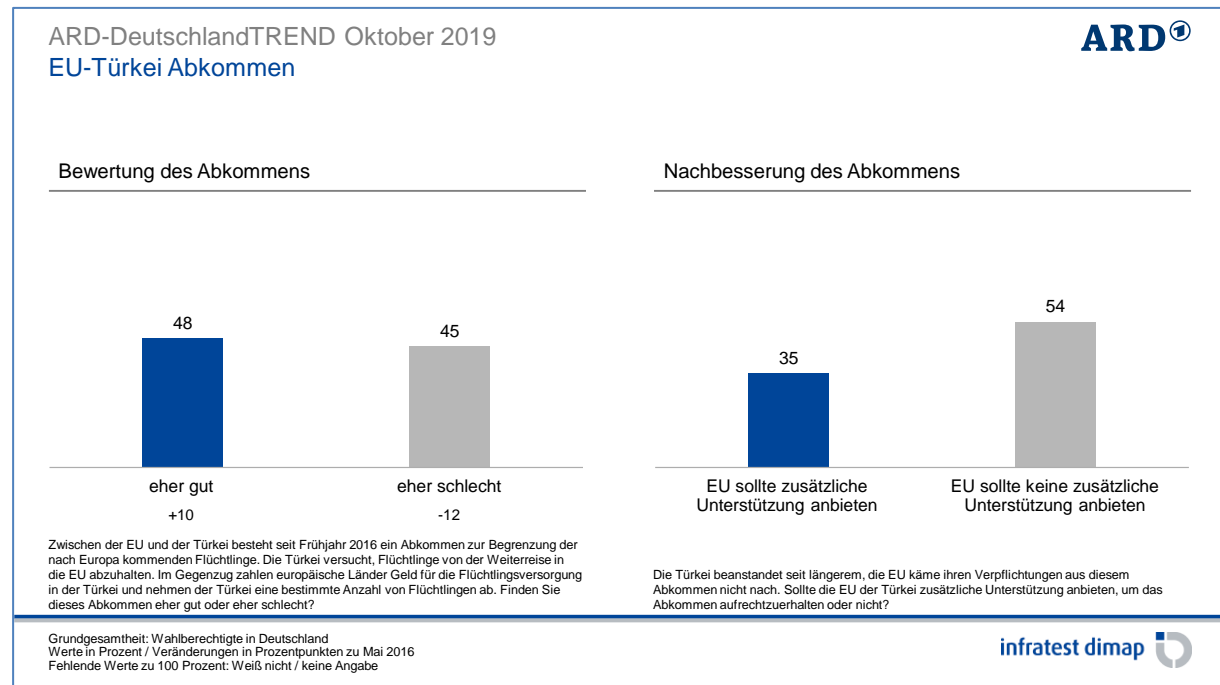


Die Wirkung der Maßnahmen aus dem Klimapakt kann gegenwärtig nicht wirklich prognostiziert werden. Dies gilt insbesondere für das künftige Mobilitätsverhalten der Bevölkerung. Zumindest die Hälfte der Bundesbürger (47 Prozent) signalisiert, dass das Klimapaket für sie ein Anreiz sei, sich klimaschonender fortzubewegen.

Die Sorge, sich künftig wegen des Klimaschutzes im Alltag einschränken zu müssen, besteht nach der Vorstellung des Klimapakets mehrheitlich nicht. Immerhin vier von zehn (38 Prozent) aber haben entsprechende Befürchtungen. Sorgen über Einschränkungen bestehen auf dem Land eher als in der Stadt (42:34 Prozent), bei Autofahrern eher als bei Nutzern öffentlicher Verkehrsmittel (43:29 Prozent) sowie bei Beziehern geringerer Einkommen eher als bei Bürgern mit höheren Einkommen (45:38 Prozent).

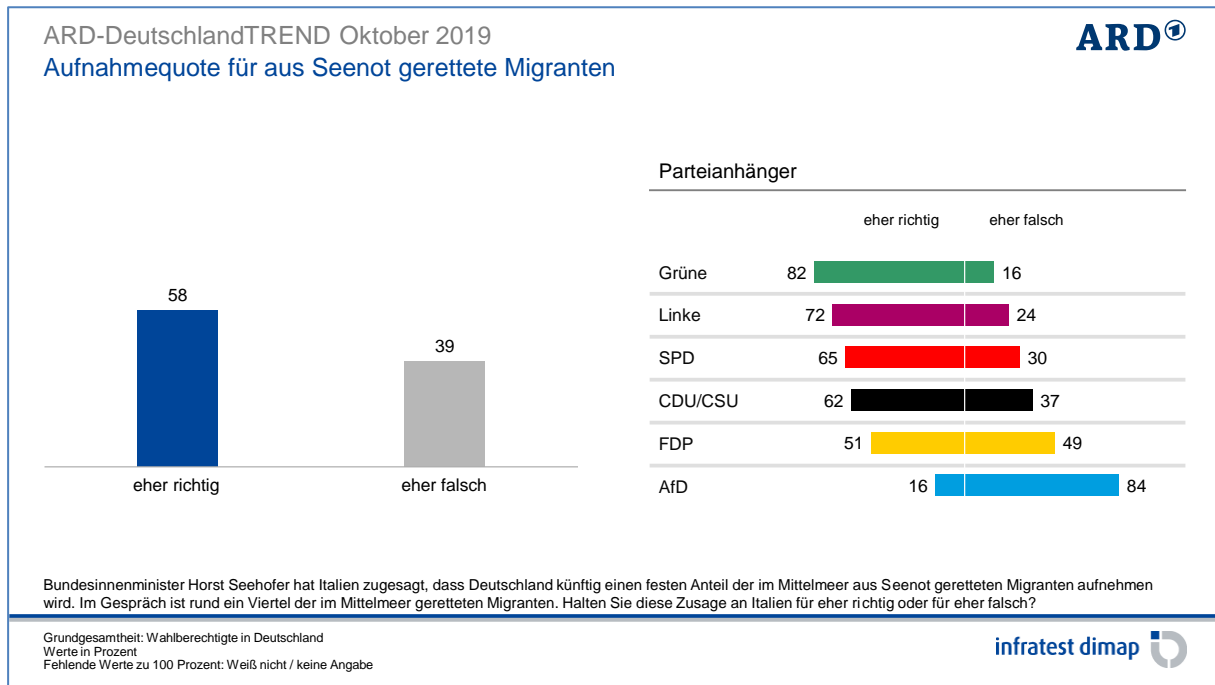
Als Staat im Klimaschutz ggf. auch mit Verboten zu operieren, ist für immerhin 57 Prozent eine Option. Vier von zehn sehen es jedoch nicht als Aufgabe des Staates an, besonders klimaschädliches Verhalten von Bürgern und Unternehmen zu verbieten. Eine Haltung, die insbesondere von AfD-Anhängern (58 Prozent) vertreten wird.

EU-Türkei-Abkommen: umstritten, wenig Zuspruch für Nachbesserungen



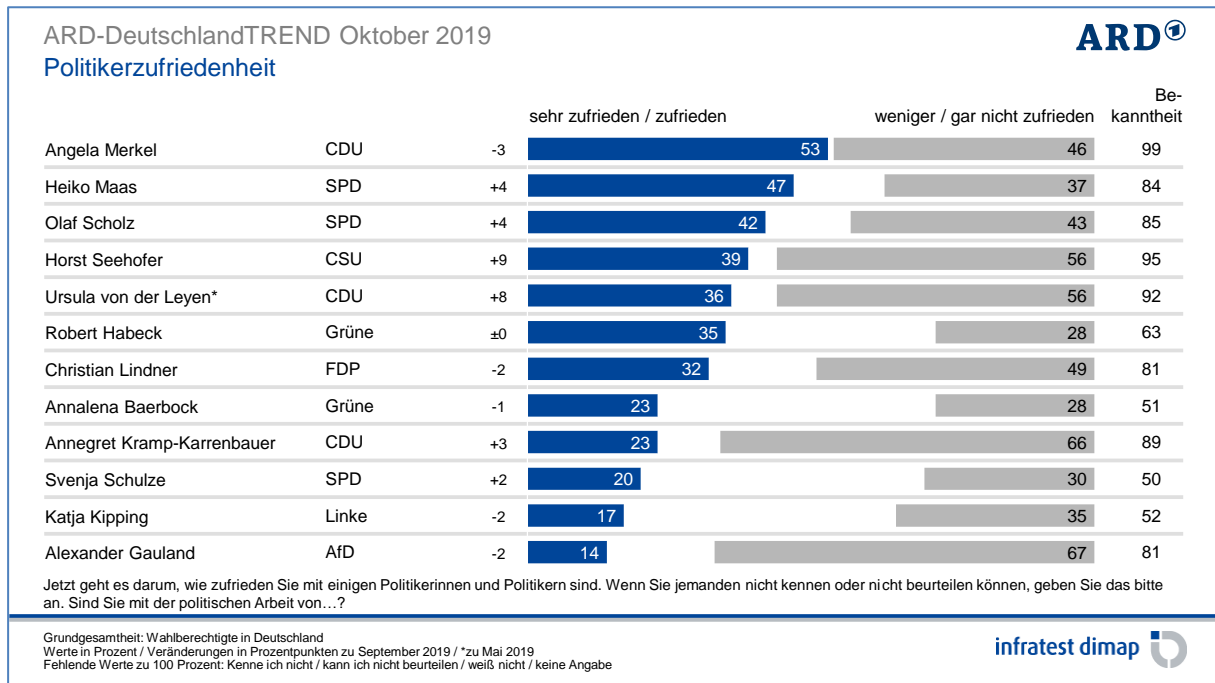
Neben dem Umwelt- und Klimaschutz gilt in unserer Zeit die Migration als eine der großen globalen Herausforderungen. Um Wanderungsströme in die Europäische Union zu begrenzen, hat die EU im März 2016 mit der Türkei ein Flüchtlingsabkommen geschlossen. Im Vergleich zu Mai 2016 hat das EU-Türkei-Abkommen in Deutschland deutlich an Akzeptanz gewonnen, bleibt aber umstritten: Die eine Hälfte der Bundesbürger (48 Prozent; +10 zu Mai 2016) hält es für eher gut, die andere Hälfte (45 Prozent; -12) für eher schlecht. Zugleich gibt es in der Bevölkerung keine Mehrheit für ein weiteres Entgegenkommen: Ein Drittel ist der Meinung, die EU sollte der Türkei zusätzliche Unterstützung anbieten (35 Prozent), um das Abkommen aufrechtzuerhalten. Mehr als die Hälfte (54 Prozent) vertritt die gegenteilige Meinung. Unterstützer findet das EU-Türkei-Abkommen unter den Anhängern von Union und FDP. In den Reihen von AfD und Linken überwiegt die Kritik. Die Wähler von Grünen und SPD sind in ihrem Urteil gespalten.

Mittelmeerflüchtlinge: Zuspruch für Seehofer-Vorschlag



Während das EU-Türkei-Abkommen aktuell von beiden Verhandlungsseiten hinterfragt wird, ringt die EU gleichzeitig um einen europäischen Verteilmechanismus für im Mittelmeer gerettete Migranten. Bundesinnenminister Horst Seehofer hat Italien angeboten, dass Deutschland künftig ein Viertel der aus Seenot geretteten Migranten aufnimmt. Den Vorschlag einer festen Aufnahmequote halten 58 Prozent für richtig, 39 Prozent für falsch. In den Reihen von Union, SPD, Linken und Grünen überwiegt die Zustimmung zum Seehofer-Vorstoß, bei den AfD-Anhängern die Ablehnung. Die FDP-Wähler sind in ihrem Urteil gespalten.

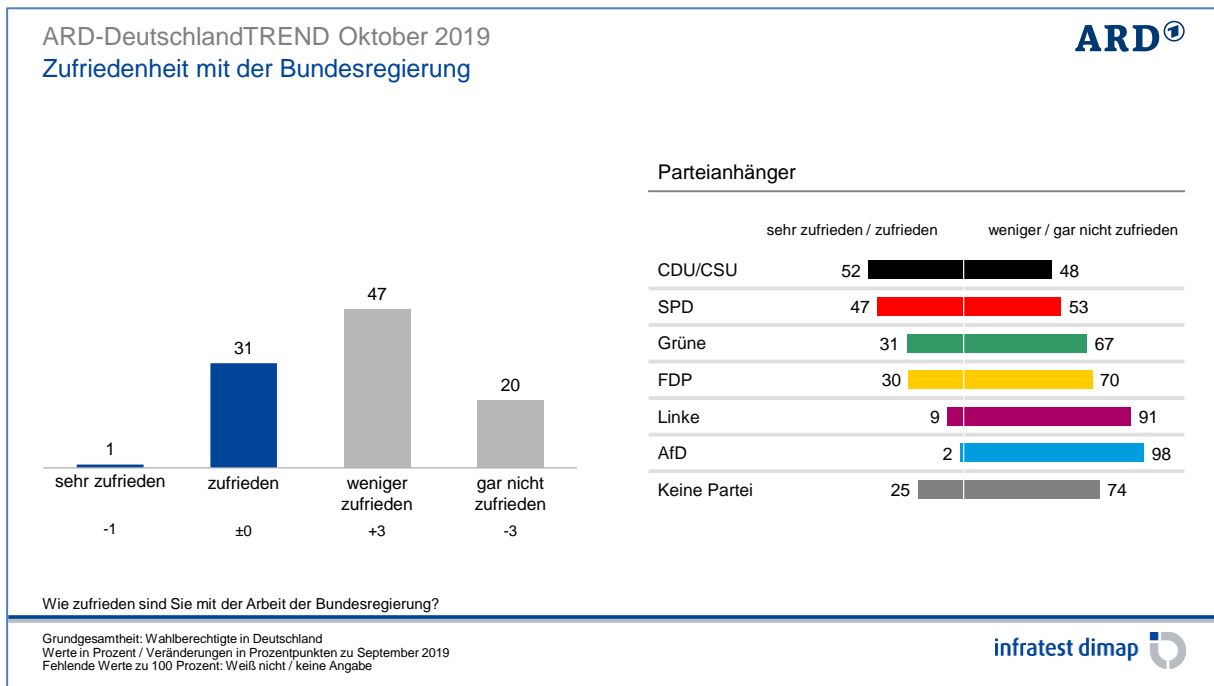
Politikerzufriedenheit: Seehofer gewinnt Sympathien



Sein jüngster flüchtlingspolitischer Vorstoß bringt Horst Seehofer persönliche Sympathien ein. Der CSU-Politiker legt im Bevölkerungsurteil gegenüber Oktober so deutlich zu wie kein zweiter Politiker (+9). Mit 39 Prozent Zuspruch liegt er aktuell an vierter Stelle und so gut wie seit Juni 2018 nicht mehr. Angeführt wird die Politikerliste weiterhin von Kanzlerin Angela Merkel (53 Prozent; -3), Außenminister Heiko Maas (47 Prozent; +4) sowie Finanzminister Olaf Scholz (42 Prozent; +4). Während Angela Merkel zum Vormonat leicht einbüßt, können die beiden SPD-Politiker Zuspruch gewinnen. Hinter dem CSU-Innenminister liegen im aktuellen Bevölkerungsurteil die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (36 Prozent; +8 zu Mai), Grünen-Parteivorsitzender Robert Habeck (35 Prozent; +/-0) und FDP-Parteivorsitzender Christian Lindner (32 Prozent; -2). Mit deutlicherem Abstand folgen Grünen Parteivorsitzende Annalena Baerbock (23 Prozent; -1), CDU-Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer (23 Prozent; +3) sowie Umweltministerin Svenja Schulze (20 Prozent; +2). Auf den letzten beiden Plätzen landen im Oktober Linken-Vorsitzende Katja Kipping (17 Prozent; -2) und AfD-Vorsitzender Alexander Gauland (14 Prozent; -2).

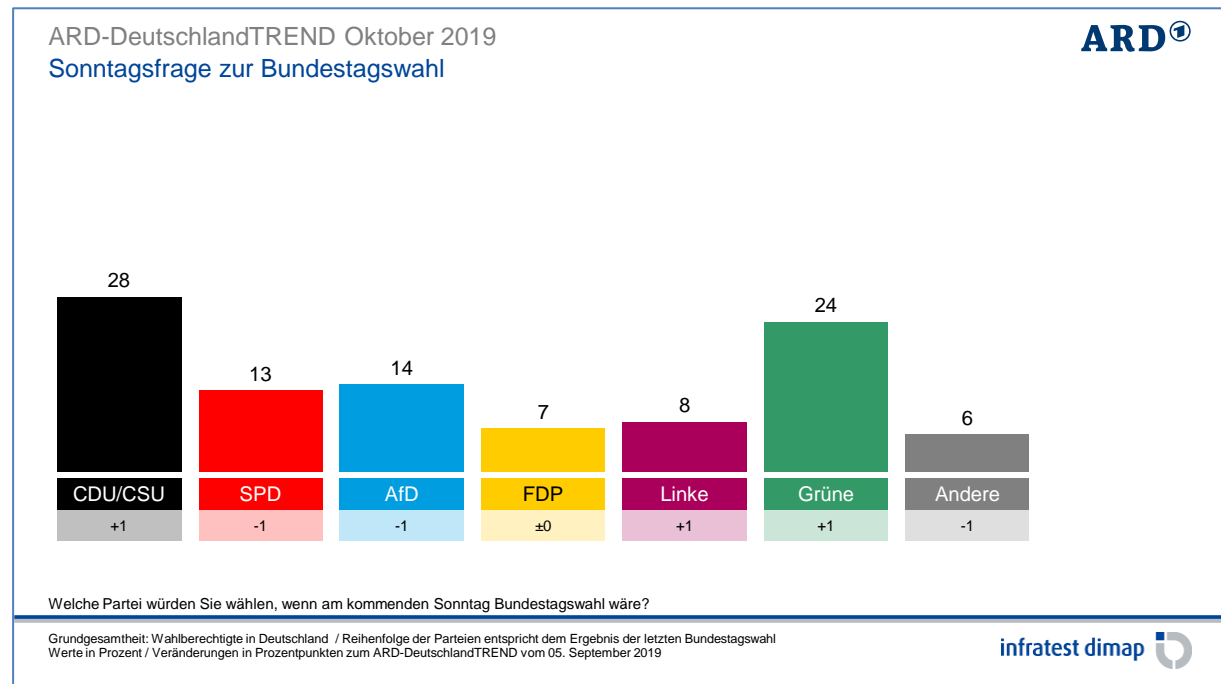
Regierungsarbeit: zwei Drittel üben weiterhin Kritik

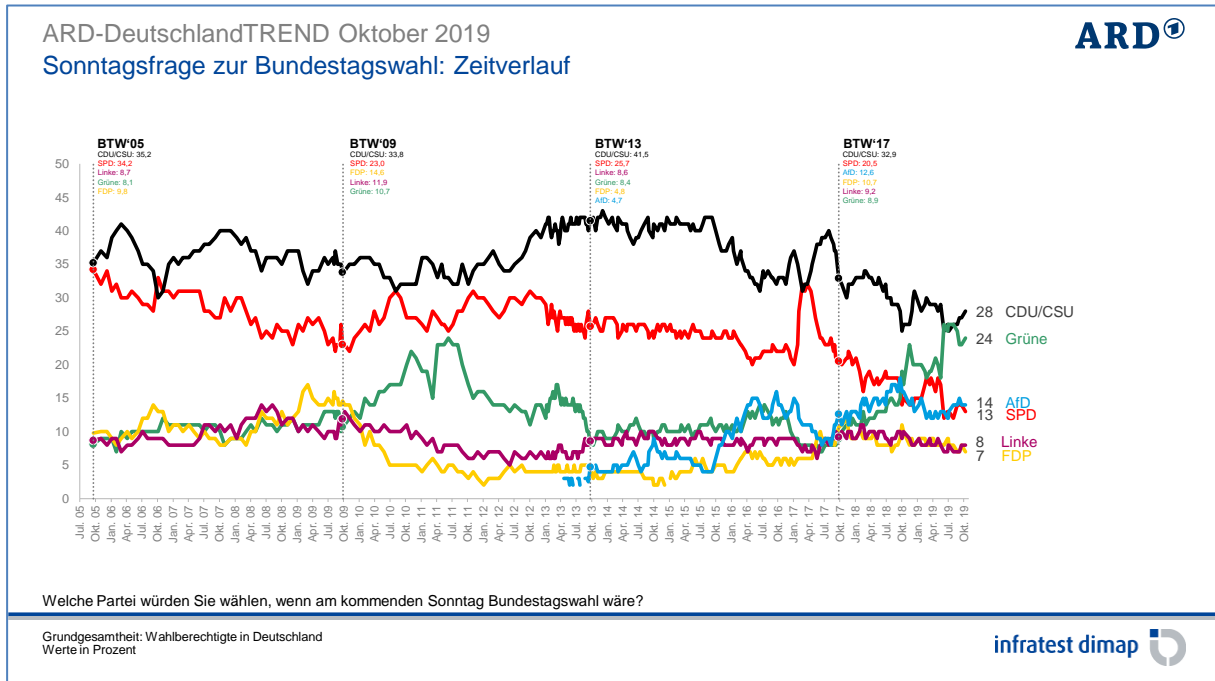
Von den aktuellen Diskussionen um Klimapaket und EU-Seenotrettung unberührt bleibt die Bewertung der Bundesregierung. Die Arbeit des Berliner Kabinetts wird wie im Vormonat von einem Drittel (32 Prozent; -1) positiv bewertet, zwei Drittel der Deutschen üben Kritik. In den Reihen von Union und SPD halten sich jeweils Zuspruch und Ablehnung die Waage. Die Anhänger von Grünen und FDP üben mehrheitlich Kritik. Deutlich auf Distanz zur Bundesregierung gehen die Wähler von Linken und AfD.



Sonntagsfrage: Union auf höchsten Wert seit Mai 2019

In der Sonntagsfrage ergeben sich zum Vormonat nur leichte Veränderungen. Die CDU/CSU legt um einen Punkt zu und hätte aktuell 28 Prozent in Aussicht, der höchste Wert für die Union seit Mai dieses Jahres. Hinter ihr liegen die Grünen, die sich ebenfalls um einen Punkt auf 24 Prozent verbessern. Die AfD käme aktuell auf 14 Prozent, die SPD auf 13 Prozent. Beide Parteien geben jeweils 1 Punkt ab. Während die Linke 8 Prozent (+1) in Aussicht hätte, könnte die FDP wie im Vormonat mit 7 Prozent rechnen. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 6 Prozent (-1).





Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.